



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 15

17. April 2011

Alle unsere Beiträge sind mit einer Quellenangabe versehen und geben nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Sexualstraftäter sollen nach Heilbronn kommen**
- 02 ZIS-Studie: Mehr Gewalt im Profifußball**
- 03 Programm des Deutschlandbesuchs von Papst Benedikt XVI. steht**
- 04 dbb-Forum Behindertenpolitik 2011
Heesen: „Dieses Thema geht uns alle an“**
- 05 Urteil des BAG: Sachgrundlose Befristung und „Zuvor-Beschäftigung“**
- 06 D115 - der Bürgerservice jetzt im Regelbetrieb**

01 Sexualstraftäter sollen nach Heilbronn kommen

Quelle: Heilbronner Stimme vom 16.04.2011

Auf dem Gelände der Heilbronner Justizvollzugsanstalt sollen bis zu vier ehemals sicherungsverwahrte Straftäter untergebracht werden. Dies hat das baden-württembergische Sozialministerium der Stadt Heilbronn mitgeteilt.

Die Sexualstraftäter hatten nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden müssen. Insgesamt sind in Baden-Württemberg neun Personen betroffen. Sechs von ihnen leben zurzeit in Freiburg, die anderen in Bruchsal und Reutlingen. Sie werden rund um die Uhr von Polizisten beobachtet, das kostet pro Person und Woche etwa 40.000 Euro.

In Heilbronn hat Sozialministerin Dr. Monika Stolz (CDU) ein Gebäude innerhalb des Gefängnisgeländes in der Steinstraße ins Auge gefasst. Dort will sie in Absprache mit dem von Ulrich Goll (FDP) geführten Justizministerium dem Spruch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gerecht werden. Der hat festgelegt, dass die ehemaligen Strafgefangenen, die ihre Haft abgesessen haben und in Sicherungsverwahrung übergeben worden waren, wegen ihrer psychischen Störungen medizinisch therapiert werden müssen. Sie dürfen aber nicht in einer Gefängniszelle untergebracht werden: „Die Einrichtung muss räumlich und organisatorisch von Einrichtungen des Strafvollzugs getrennt sein“, lautet die Vorschrift.



Der Leiter des Heilbronner Gefängnisses, Hans-Hartwig Dickemann, hat „vor ein paar Tagen“ von der Sache erfahren. Er weist darauf hin, dass das Gebäude zunächst saniert werden müsse. Wie, das werde vom Weinsberger Zentrum für Psychiatrie (ZFP) derzeit geprüft. Denn nicht die Vollzugsbeamten, sondern Ärzte und Pfleger des Weissenhofes seien für

die Versorgung der Sicherungsverwahrten zuständig. Zunächst müsse das Oberlandesgericht Karlsruhe aber akzeptieren, dass die vom Gesetz geforderte räumliche und organisatorische Trennung vom Gefängnis gegeben ist. Momentan sind in dem Holzhaus Werkstatt und Wäscherei-Annahme untergebracht.

Maximal zwei Jahre

Der Stadt Heilbronn ist zugesichert worden, dass die Unterbringung vorübergehend für maximal zwei Jahre und höchstens vier Personen ist. „Die bisherige Landesregierung hat das Problem nicht gelöst, nun muss die neue eine Lösung finden, denn mit Provisorien kann man nicht leben“, sagt Bürgermeister Harry Mergel (SPD). „Die Stadt Heilbronn ist rechtlich nicht zuständig und wurde lediglich informiert“. Allerdings rät Mergel zur Besonnenheit: „Es gibt keine Gefährdungssituation, die über die des bestehenden Gefängnisses hinausgeht: Die vier Männer sollen schließlich hinter

Mauern und verschlossenen Türen untergebracht werden.“ Ein offener Vollzug sei für sie nicht vorgesehen.

Den neugewählten Heilbronner CDU-Landtagsabgeordneten Alexander Thom hatte Monika Stolz am Dienstag informiert. „Offensichtlich hatte niemand einen sinnvollen Vorschlag“, sagt der Heilbronner Rechtsanwalt, der „sehr skeptisch“ ist, ob die Idee juristisch haltbar sei. Verärgert über die Informationspolitik des CDU-Ministeriums ist sein Kollege Bernhard Lasotta: „Das war nicht abgestimmt“, sagt der Neckarsulmer Unions-Abgeordnete.

Trotz der Probleme, die sich das Sozialministerium während des Wahlkampfes in Wiesloch eingehandelt hatte, sei die Fraktion nicht informiert worden. Die Unterbringung der Männer war zunächst in Wiesloch vorgesehen gewesen. Das war jedoch auf erheblichen Widerstand gestoßen, weshalb die CDU-/FDP-Regierung das Vorhaben noch im Wahlkampf zurückgestellt hatte.

02 ZIS-Studie: Mehr Gewalt im Profifußball

Quelle: Handelsblatt vom 12.04.2011

Der Profi-Fußball in Deutschland wird weiter zunehmend von Gewalt begleitet, die Deutsche Fußball Liga (DFL) warnt aber vor Panikmache.



Frankfurt (SID) - Der Profi-Fußball in Deutschland wird weiter zunehmend von Gewalt begleitet, die Deutsche Fußball Liga (DFL) warnt aber vor Panikmache: Nach einem Bericht der Neuen Osnabrücker Zeitung hat die Polizei in der vergangenen Saison 6043 Strafverfahren gegen Fußball-Rowdys in der Bundesliga und der 2. Liga eingeleitet. Die Zahl der verletzten Personen stieg in diesem Zeitraum auf 784 und damit auf den höchsten Wert seit zwölf Jahren. Das ergibt der Jahresbericht 2009/2010 der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS).

"Natürlich ist jeder Verletzte einer zu viel, allerdings müssen wir die Fakten in aller Sachlichkeit betrachten. 784 verletzte Personen relativieren sich bei jährlich 612

Spielen und knapp 18 Millionen Besuchern in den Stadien - auch im Vergleich zu anderen Großveranstaltungen wie beispielsweise dem Oktoberfest", sagte DFL-Kommunikations-Direktor Christian Pfennig dem SID.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) forderte von der DFL erneut eine Beteiligung an den Kosten für die Polizei-Einsätze. "Wir haben ja auch nicht allein den Fußball im Visier. Sondern überall dort, wo sehr viel Geld verdient wird und ein hoher Polizeieinsatz erforderlich ist, muss man natürlich auch darüber nachdenken, diese Gewinne in besonderer Weise zu belasten durch eine Gebühr für den Polizeieinsatz", sagte der DPOIG-Vorsitzende Rainer Wendt.

Die DFL lehnt eine Beteiligung an den Kosten für die Polizeieinsätze weiter rigoros ab, will sich aber weiter dem Kampf gegen die Gewalt im Umfeld des Profifußballs stellen. "Der Ligaverband und die DFL treten ebenso wie der DFB konsequent für Präventionsarbeit ein und fördern diese auf vielfältigste Weise. So hat der Fußball vor einem Jahr im Beisein des Bundesinnenministers und zahlreicher Entscheidungsträger von Ländern und Polizei einen Zehn-Punkte-Plan für mehr Sicherheit im Fußball verabschiedet und ist weiter in diesem Bereich noch aktiver als zuvor", sagte Pfennig.

Polizisten leben in ständiger Angst

Angriffe immer brutaler. Experten beklagen Verfall der Werte.

Quelle: Westdeutsche Zeitung vom 12.04.2011

Münster/ Köln. Der Samstag, der für den Polizisten Ralf Remmert so schrecklich endete, war eigentlich ein Tag zum Feiern gewesen. Der 1. FC Köln hatte 3:2 gegen Bayern München gewonnen. „Alles hätte schöner nicht sein können“, erinnert sich sein Dienstkollege Volker Lange. Eben noch standen beide Beamte inmitten Fangesängen vor dem Stadion. Nur Sekunden später liegt Lange nun kopfüber in einer Hecke.

Seinem Kollegen wird die weiße Polizeimütze vom Kopf geschlagen. Als er nach dem „Scherzbold“ greift, der mit der Mütze wegläufen will, wird Ralf Remmert von fünf anderen Hooligans umzingelt, zu Boden geprügelt und mit Tritten übersät.

„Die Aggressivität nimmt zu, die Gewalt hat eine neue Qualität.“

Bernd Heinen, Polizeidirektor

Oberpolizeirat Lange muss mit ansehen, wie sein Kollege zusammengekrümmt auf dem Boden liegt, seinen Kopf hilflos mit den Armen vor Tritten und Schlägen schützt. „Das sah aus, als wollten die ein Feuer austreten. Die haben sich darum gestritten, wer als Nächster zutreten darf.“

Dieses traumatische Erlebnis ist nur ein Beispiel von vielen. Schläge, Tritte und Stiche gegen Polizisten sind längst kein Einzelfall mehr. Die zunehmende Aggressivität gegenüber Polizeibeamten wird ein immer wichtigeres Thema. Experten beraten unter anderem auf der dreitägigen Polizeimesse „Ipomex“, die am Dienstag in Münster begann.

Gewalttäter reden nicht, sondern schlagen heutzutage sofort zu

Von „Gewalt als einer alltäglichen Erfahrung“ sprach NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). „Die Beamten haben täglich Angst, bedroht zu werden.“ Sein leitender Polizeidirektor Bernd Heinen wird deutlich: „Die Aggressivität nimmt zu!“ Er spricht von einer „neuen Qualität und Intensität der Gewalt“. Laut neuen Zahlen hat sich zwar nicht die Anzahl der Übergriffe auf Polizisten erhöht – wohl aber ihre Heftigkeit.

„Früher war die Schlägerei vorbei, wenn ich auf dem Boden lag, heute ist es das Schlimmste, was mir passieren kann“, stellt es Bernhardt Schmidt von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) plakativ dar. Sein Kollege Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) glaubt ebenfalls, dass sich die Art der Gewalt ändert. Seine Erfahrung ist: „Es wird nicht mehr versucht zu kommunizieren, sondern es wird sofort zugeschlagen.“

Allein in NRW waren Polizisten im vergangenen Jahr 6.000 Mal mit Widerstand gegen die Staatsgewalt konfrontiert. Jedes achte Mal endete es für die Beamten mit ernsthaften Verletzungen. Fast 90 Prozent der Täter sind männlich, gut drei Viertel stehen unter Einfluss von Alkohol oder Drogen. Die Gründe für die zunehmende Heftigkeit der Angriffe führen die Experten einhellig auf den Verfall gesellschaftlicher Werte zurück.

03 Programm des Deutschlandbesuchs von Papst Benedikt XVI. steht

Quelle: Website der Erzdiözese Freiburg

<http://www.ebfr.de/html/programm630.html>



Am 24. und 25. September 2011 wird der Heilige Vater Freiburg besuchen. Kernpunkte des Programms werden eine Vigilfeier für junge Leute am Samstagabend (24.9.) und der Abschlussgottesdienst am Sonntagmorgen (25.9.) sein. Weitere Programmpunkte sind ein Besuch im Freiburger Münster und eine Vortragsveranstaltung des Papstes zum Abschluss des Deutschlandbesuches, die schon jetzt mit Spannung erwartet wird.

Zur Vigilfeier am Samstagabend erwarten die Veranstalter zwischen 20.000 und 30.000 Jugendliche. „Die Erfahrungen vom Weltjugendtag

2005 in Köln und vom letzten Papstbesuch zeigen, dass gerade die Jugendlichen von der besonderen Atmosphäre einer abendlichen Vigilfeier angesprochen werden“, stellt Domkapitular Birkhofer fest. Aber nicht nur die Jugend möchte den Heiligen Vater treffen, auch Benedikt XVI. sei diese Begegnung ein besonderes Anliegen, so der Papstkoordinator.

Der Sonntagvormittag (25.9.) steht dann ganz im Zeichen des großen Abschlussgottesdienstes mit dem Heiligen Vater. „Das Flugplatzgelände Freiburg bietet Platz für

mehr als 10.000 Besucher, wir sind also auf viele Gläubige eingestellt“, so Domkapitular Birkhofer. Aber auch zuhause kann der Papstbesuch verfolgt werden: Die Eucharistiefeier aus Freiburg wird in vielen Ländern live im Fernsehen zu sehen sein.

Das genaue zeitliche Programm kann auf der Website der Erzdiözese Freiburg nachgelesen werden (siehe Quelle).

04 dbb-Forum Behindertenpolitik 2011 Heesen: „Dieses Thema geht uns alle an“

Quelle: dbb newsletter 033/2011 vom 13.04.2011

„Fast zehn Jahre nach der Einführung des Sozialgesetzbuches (SGB) IX müssen wir feststellen, dass einige Menschen immer noch nicht ausreichend über die Belange von Menschen mit Behinderung informiert sind“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen zur Eröffnung des Forums Behindertenpolitik am 12. April 2011 in Berlin. „Dabei geht dieses Thema uns alle an. Es geht hier um die Gestaltung von Leben und Arbeit, und es geht um echte Teilhabe.“

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, betonte, dass dem öffentlichen Dienst bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland eine Vorbildfunktion zukomme. Zudem sprach er sich dafür aus, die staatlichen Instrumente zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung, wie etwa das „Persönliche Budget“, zu entbürokratisieren und Betroffene besser über ihre Rechte zu informieren und zu beraten.

Ralf Brauksiepe, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, sagte zum Auftakt des zweiten Veranstaltungstages, die Bundesregierung werte derzeit die bisherigen Anstrengungen zur Bekanntmachung des Leistungsspektrums aus. Allerdings könne auch mit einer umfangreichen Gesetzgebung keine Einzelfallgerechtigkeit erzwungen werden. In einigen Fällen gebe es kein Gesetzgebungs-, wohl aber ein Vollzugsdefizit. Hier seien auch die Träger der Instrumente wie etwa Kranken- und Rentenversicherungen in der Verantwortung, die konkrete Ausgestaltung vor Ort voranzutreiben.

Das Forum Behindertenpolitik, das der dbb beamtenbund und tarifunion in Kooperation mit der dbb akademie am 12. und 13. April 2011 erstmalig veranstaltete, stand unter dem Motto „10 Jahre SGB IX – eine Bilanz“. In seinem Eingangsstatement dankte dbb Chef Peter Heesen besonders dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Behindertenpolitik im dbb, Heinz Pütz, der maßgeblich an der Planung und Initiierung des Forums beteiligt war.

Erstes Treffen der neuen DPoIG-Fachkommission für Angelegenheiten behinderter und arbeitseingeschränkter Menschen

Auf der Grundlage eines Beschlusses des Bundeshauptvorstandes vom 4. April 2011 wurde in der DPoIG eine Fachkommission für "Angelegenheiten behinderter und arbeitseingeschränkter Menschen" eingerichtet.

Die Kommission wird vom Kollegen Frank Richter (FV Bundespolizei) geleitet. Ihr

gehören weiter die Kollegen Wolfgang Mallach (LV Baden-Württemberg), Dietrich Magunia (LV Hamburg), Dieter Christ (LV Bayern) sowie die Kollegin Nicole Liebig (LV Berlin) an.

Die Kollegen/innen sind alle erfahrene Schwerbehindertenvertreter und wollen sich u.a. um Probleme in der Polizei kümmern, die mit Polizeidienstunfähigkeit, weiterer Verwendung von gesundheitlich eingeschränkten Beschäftigten, Barrierefreiheit und Betrieblichem Eingliederungsmanagement zu tun haben. Bei solchen und ähnlichen Themen werden sie inhaltlich der Bundesleitung zuarbeiten.

Am 12. April 2011 traf sich die Kommission das erste Mal nach ihrer Konstituierung im Rahmen des [Forums Behindertenpolitik des dbb](#) in Berlin.



Die DPoIG Fachkommission für Angelegenheiten
behinderter und arbeitseingeschränkter Menschen (v.l.n.r.):
Dieter Christ, Wolfgang Mallach, Nicole Liebig, Frank Richter, Dietrich Magunia

05 Urteil des BAG: Sachgrundlose Befristung und „Zuvor-Beschäftigung

Quelle: BAG - Pressemitteilung vom 06.04.2011, BAG, Urt. v. 06.04.2011 - 7 AZR 716/09

Der Möglichkeit, ein Arbeitsverhältnis ohne Sachgrund bis zu zwei Jahre zu befristen, steht eine frühere Beschäftigung des Arbeitnehmers nicht entgegen, wenn diese mehr als drei Jahre zurückliegt.

Darum geht es:

Die Klägerin war beim beklagten Freistaat aufgrund eines befristeten Arbeitsvertrags vom 01.08.2006 bis zum 31.07.2008 als Lehrerin beschäftigt. Während ihres Studiums hatte sie vom 01.11.1999 bis 31.01.2000 insgesamt 50 Stunden als studentische Hilfskraft für den Freistaat gearbeitet. Mit ihrer Klage hat sie sich gegen die Befristung ihres Arbeitsverhältnisses gewandt.

Wesentliche Entscheidungsgründe:

Die Klage hatte vor dem Siebten Senat - ebenso wie schon in den Vorinstanzen - keinen Erfolg. Die mehr als sechs Jahre zurückliegende frühere Beschäftigung der Klägerin stand der sachgrundlosen Befristung ihres Arbeitsvertrags nicht entgegen. Nach § 14 Abs. 2 Satz 1 TzBfG ist die Befristung eines Arbeitsvertrags ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig. Das gilt nach § 14 Abs. 2 Satz 2 TzBfG nicht, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat.

Eine „Zuvor-Beschäftigung“ im Sinne dieser Vorschrift liegt nicht vor, wenn ein früheres Arbeitsverhältnis mehr als drei Jahre zurückliegt. Das ergibt die an ihrem Sinn und Zweck orientierte, verfassungskonforme Auslegung der gesetzlichen Regelung. Diese soll zum einen Arbeitgebern ermöglichen, auf schwankende Auftragslagen und wechselnde Marktbedingungen durch befristete Einstellungen zu reagieren, und für Arbeitnehmer eine Brücke zur Dauerbeschäftigung schaffen.

Zum andern sollen durch das Verbot der „Zuvor-Beschäftigung“ Befristungsketten und der Missbrauch befristeter Arbeitsverträge verhindert werden. Das Verbot kann allerdings auch zu einem Einstellungshindernis werden. Seine Anwendung ist daher nur insoweit gerechtfertigt, als dies zur Verhinderung von Befristungsketten erforderlich ist. Das ist bei lange Zeit zurückliegenden früheren Beschäftigungen typischerweise nicht mehr der Fall. Hier rechtfertigt der Gesetzeszweck die Beschränkung der Vertragsfreiheit der Arbeitsvertragsparteien und die damit verbundene Einschränkung der Berufswahlfreiheit des Arbeitnehmers nicht.

Die Gefahr missbräuchlicher Befristungsketten besteht regelmäßig nicht mehr, wenn zwischen dem Ende des früheren Arbeitsverhältnisses und dem sachgrundlos befristeten neuen Arbeitsvertrag mehr als drei Jahre liegen. Dieser Zeitraum entspricht auch der gesetzgeberischen Wertung, die in der regelmäßigen zivilrechtlichen Verjährungsfrist zum Ausdruck kommt.

06 D115 - der Bürgerservice jetzt im Regelbetrieb

Quelle: Internetredaktion des Bundesministeriums des Innern vom 14.04.2011

Die einheitliche Behördennummer 115, unter der bereits mehr als 15 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Behördeninformationen bequem und zuverlässig erlangen können, wurde mit einem Anruf von Dr. Ole Schröder, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, vom Pilotbetrieb in den Regelbetrieb überführt.



Unter den Augen der Presse griff Schröder zum Hörer und wählte die 115. Innerhalb weniger Sekunden hatte er eine freundliche und kompetente Servicecenter-Mitarbeiterin am Apparat und erfragte verschiedene Informationen, die einen angehenden Vater interessieren: Wo muss ich hin, wenn ich den Namen des

Kindes amtlich machen möchte? Welche Unterlagen muss ich beibringen? Muss die Mutter mitkommen? Schröder erhielt prompt die erwünschten Auskünfte - von allen beizubringenden Urkunden bis hin zur Adresse des zuständigen Bezirksamts in Berlin. Er notierte die Antworten auf einem Zettel und zeigte sich sichtlich angetan vom D115-Service: "Das ist ja wunderbar, da konnte ich jetzt schon viele wichtige Fragen klären", freute sich der Staatssekretär.

Auch Ehrhart Körting, Berliner Innensenator, sprach von der 115 als einem großen Erfolg: "In Berlin haben bereits 1/4 Million Menschen Rat über die 115 gesucht. Wer einmal die 115 angerufen hat, wird es auch gerne wieder tun." Horst Westerfeld, Staatssekretär und CIO des Landes Hessen brachte eine internationale Komponente ins Spiel: "Ich bin sicher, dass die Verbesserung im EU-Ranking in Bezug auf E-Government ganz wesentlich auf die 115 zurückzuführen ist."

In seiner Rede lobte Schröder die 115 als Paradebeispiel für bürgernahe Verwaltung: "Wir sind durch die Möglichkeiten der neuen Medien wie Online-Banking und E-Commerce an die schnelle, ortsunabhängige und bequeme Erledigung unserer Angelegenheiten gewöhnt. Die 115 entspricht diesen Erwartungen voll. Es hat sich herausgestellt, dass die meisten Menschen doch am liebsten zum Telefon greifen, um schnell an Informationen zu gelangen."

Letztlich sind sich alle Beteiligten einig: Die 115 hat sich nach zwei Jahren Erprobung bewährt und stellt einen tollen Service für die Bürger in den angeschlossenen Regionen dar. Jetzt gilt es, diesen Service flächendeckend in Deutschland auszuweiten, damit alle Bürger vom schnellen und unkomplizierten Draht in die Verwaltung - egal ob Kommune, Land oder Bund - profitieren können.

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2011/04/d115_regelbetrieb.html

Ende DPoIG-ID Nr. 15/2011